

Fonds Finanz News im Dezember 2024

Marderbisse und Teilediebstähle treiben Kfz-Versicherungskosten hoch

Für den jüngsten Ausgabenanstieg der Kfz-Versicherer, die auch 2024 mit einem Defizit abschließen werden, sorgen im Wesentlichen die galoppierenden Ersatzteil- und Werkstattpreise. Im Schatten dieser Entwicklung sind indes weitere Kostentreiber am Werke.

Zum einen erreichten die Marderschäden 2023 mit 128 Millionen Euro einen neuen Rekordwert, der ganze 23 Prozent über dem bisherigen aus dem Vorjahr lag. Vor zehn Jahren betrug die Gesamtsumme weniger als die Hälfte, obwohl die Schadenhäufigkeit – also die Fälle pro 1.000 versicherte Fahrzeuge – ähnlich hoch war wie heute. Eine ähnliche absolute Größenordnung verzeichneten die Kfz-Versicherer zum anderen beim Autoteilediebstahl, der (versicherte) Schäden von 124 Millionen Euro und damit 9 Prozent mehr als 2022 verursachte. Das Niveau liegt unter dem Mitte der 2010er-Jahre gesehenen, steigt aber nach einem „Corona-Knick“ seit 2020 wieder an.

Werden fest mit dem Auto verbundene Teile entwendet, springt die Kaskoversicherung ein. Wertgegenstände wie Smartphones sind indes nicht abgedeckt und sollten daher nie unbeaufsichtigt im Auto gelassen werden. Auch bei Marderschäden greift die Kaskoversicherung; zu unterscheiden ist hier zwischen Tarifen, die nur direkt vom Tier verursachte Schäden ausgleichen, und solchen, die auch Folgeschäden umfassen.

Krypto-Boom durch Trump-Wahl

Der kommende US-Präsident Donald Trump hat sich als Freund und Förderer von Kryptowährungen positioniert. Im Wahlkampf versprach er, den kryptokritischen Chef der US-Börsenaufsicht sofort nach Amtsantritt zu feuern (der allerdings nach der Wahl seinen freiwilligen Rückzug angekündigt hat) und den Handel zu liberalisieren. In der Folge hat Trumps Sieg ein wahres Feuerwerk an den Kryptobörsen ausgelöst. Der Wert des Bitcoins kratzte Ende November an der 100.000-Dollar-Marke, nachdem er vor Jahresfrist noch unter 40.000 Dollar gelegen hatte. Auch andere Kryptowährungen wie Ethereum, Tether oder Solana erfreuten ihre Investoren mit einer Kursrallye.

Analysten halten einen weiteren Anstieg für möglich, insbesondere wenn Trumps Andeutung Realität wird, dass die USA eine nationale Kryptoreserve anlegen. Nach wie vor hat ein Kryptoinvestment allerdings spekulativen Charakter, herbe Verluste sind nicht auszuschließen. Die Europäische Union möchte 2025 mit der „Markets in Crypto Assets“-Verordnung mehr Transparenz und Rechtssicherheit in den Markt bringen.

Deutsche Versicherer kommen beim Klimaschutz voran

Wie der neue Nachhaltigkeitsbericht des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zeigt, konnten die Mitgliedsunternehmen ihren CO₂-Fußabdruck zuletzt deutlich reduzieren. Pro investierte Million Euro wurde ein Ausstoß von 61 Tonnen registriert, 18 Tonnen weniger als im Vorjahr. Mittlerweile haben die Versicherer 163 Milliarden

Euro in nachhaltige Assets investiert, davon 23 Milliarden in den Bereich der erneuerbaren Energien (plus 4 Milliarden gegenüber Vorjahr).

„Der Klimawandel gehört zu den größten Risiken für unsere Sicherheit. Versicherungen leisten daher einen aktiven Beitrag zur nachhaltigen und klimafreundlichen Transformation“, bringt GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen die Haltung der Branche auf den Punkt.

Neben einer verantwortungsbewussten Kapitalanlage setzen die Versicherer auch in der Sachversicherung vermehrt auf klimaschonendes Vorgehen. Mittlerweile achten 74 Prozent von ihnen bei der Schadensbehebung und -regulierung auf Nachhaltigkeitskriterien.

Starker Mietpreisanstieg in Großstädten – vor allem in Berlin

In der Bundeshauptstadt haben sich die durchschnittlichen Wohnungsmieten bei Neuvermietungen von 2014 bis 2023 mehr als verdoppelt. Während vor neun Jahren noch 8,10 Euro pro Quadratmeter aufgerufen wurden, waren es im vergangenen Jahr 16,35 Euro, wie die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken mitteilte. In die Statistik gingen online inserierte Erst- und Wiedervermietungen ein.

Mit seiner Preiswachstumsrate von 8,1 Prozent p. a. liegt Berlin an der Spitze der 14 größten Städte Deutschlands. Am anderen Ende rangiert Dresden mit 2,4 Prozent. Den höchsten Quadratmeterpreis müssen Neumieter allerdings nach wie vor in München bezahlen, wo im Schnitt über 20 Euro verlangt werden. In mittlerweile 8 Städten liegt der Durchschnittspreis bei mehr als 10 Euro – 2014 war das nur in München, Frankfurt und Stuttgart der Fall.

Um den Mietpreisanstieg zu dämpfen, fordert Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner nun eine strengere Anwendung der sogenannten Mietpreisbremse. Ob die allerdings über 2025 hinaus noch Bestand haben wird, steht in den Sternen – die Ampel-Koalition plante zwar eine Verlängerung, zerbrach allerdings vor einem Beschluss.

Schaden durch Geldautomatensprengungen bleibt hoch

Rund 95 Millionen Euro mussten die Versicherer hierzulande 2023 für Schäden infolge von Geldautomatensprengungen aufwenden. Lediglich 20 Millionen davon entfallen auf den Ersatz des gestohlenen Bargeldes, den Löwenanteil machen Gebäude-, Technik- und weitere Kollateralschäden der Explosionen aus. 461 Mal schlugen die meist professionell organisierten Täter zu, an das Geld gelangten sie in 276 Fällen.

Die Zahlen liegen zwar unterhalb derer aus dem Vorjahr (496 Fälle mit 110 Millionen Euro Gesamtschaden), als erstmals systematisch eine Gesamtauswertung vorgenommen wurde. Dennoch sind sie nach einhelliger Meinung aller beteiligten Stellen zu hoch, weshalb die Versicherer „Richtlinien zur Sicherung von Geldautomaten“ zum kostenlosen Download anbieten. Die Präventionshilfe gehört zu den Maßnahmen, die der „Runde Tisch Geldautomatensprengung“ ins Leben gerufen hat. Dieser von Bundesinnenministerin Nancy Faeser 2022 begründeten Initiative gehören neben der Versicherungswirtschaft die Polizei und die Kreditwirtschaft an.

Finanzbildung der jungen Deutschen hat große Lächer

Der Bankenverband ließ durch das Meinungsforschungsunternehmen Kantar ermitteln, wie es um die Finanzbildung der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland bestellt ist. Das Ergebnis bestätigt erneut die seit einigen Jahren anschwellenden Rufe nach einer Verankerung dieses Wissensgebiets im Schulunterricht.

So konnten 27 Prozent der rund 700 Befragten mit dem Begriff „Aktie“ nichts anfangen, von den Mädchen und jungen Frauen sogar 40 Prozent. 26 Prozent aller Umfrageteilnehmer hatten keine Vorstellung, was sich hinter dem Begriff „Inflation“ verbirgt. Kleiner Lichtblick: Bei der 2021 durchgeführten Vorgängerstudie betrug dieser Wert noch 44 Prozent, hier hat das Wissen also zugenommen – sicherlich wegen der medialen Aufmerksamkeit, die das Thema in den letzten Jahren erfahren hat. 18 Prozent der Umfrageteilnehmer, gegenüber 14 Prozent 2021, konnten in diesem Jahr die aktuelle Inflationsrate grob einschätzen. Summa summarum überrascht es nicht, dass jeweils 40 Prozent meinen, in der Schule wenig oder so gut wie nichts über Finanzen und Wirtschaft zu lernen.

Sind E-Autos brandgefährdeter als Verbrenner?

Wer die Massenmedien verfolgt, kann schnell den Eindruck gewinnen, dass Elektroautos leichter und häufiger Feuer fangen als Benzin- oder Dieselfahrzeuge. Das liegt jedoch einfach an der häufigeren Berichterstattung über solche Ereignisse. Tatsächlich geben die Schadensstatistiken der Versicherer keine höhere Brandgefahr von E-Autos her.

2023 verzeichneten die Kaskoversicherer 14.200 Autobrände, die einen Gesamtschaden von rund 100 Millionen Euro verursachten, also etwa 7.100 Euro pro Fall. Der Anteil der Elektrofahrzeuge daran ist ungefähr so hoch wie ihr Anteil an allen versicherten Fahrzeugen.

Dass E-Auto-Brände in den Medien dennoch überrepräsentiert sind, dürfte in erster Linie auf das besondere Brandgeschehen zurückzuführen sein, das bei einer Beteiligung der Antriebsbatterie auftritt. Bei einem sogenannten Thermal Runaway können sich Zellen überhitzen und schließlich in Flammen aufgehen, die dann schwierig zu löschen sind und enorme Rauchmengen hervorbringen. Mitunter müssen die Fahrzeuge in Löschwasser getaucht werden, um die Batterie abzukühlen.

Ombudsstelle für Investmentfonds stärker nachgefragt

142 Anfragen und Beschwerden trugen Fondsanleger in den ersten drei Quartalen dieses Jahres bei der Ombudsstelle des Fondsverbands BVI vor, ein Anstieg von 37 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Rund die Hälfte betraf offene Immobilienfonds, die in den letzten Jahren vermehrt unter Druck geraten sind. Den zweitgrößten thematischen Block machten mit etwa einem Viertel die Kostenklauseln von Riester-Verträgen aus. Hier dürfte der Klärungsbedarf im Wesentlichen auf ein verbraucherfreundliches BGH-Urteil von Ende 2023 zurückgehen.

Die Ombudsstelle schlichtet seit 2011 bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Verbrauchern und BVI-Mitgliedsunternehmen, im Fokus stehen geschlossene und offene Fonds,

Altersvorsorgeverträge auf Fondsbasis und das Depotgeschäft. Bis zu einem Streitwert von 10.000 Euro kann der Fondsbombudsmann, der vom Bundesamt für Justiz als private Verbraucherschlichtungsstelle anerkannt wird, bindende Schiedssprüche festsetzen. Der BVI bildet nach eigenen Angaben gemessen am verwalteten Vermögen mehr als 95 Prozent des deutschen Fondsmarktes ab.